

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) (Plenarsitzung vom 11.02.2009)**

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Jetzt hat der Abgeordnete Sagel – fraktionslos – das Wort.

**Rüdiger Sagel<sup>\*)</sup>** (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! NRW steckt tief in der Krise, in Ihrer Krise, der Krise von CDU und FDP. Ihre Durchhalteparolen, die wir heute hier vom Ministerpräsidenten gehört haben, helfen da nicht weiter. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie Sie aus der Krise herauskommen wollen. Während Obama in den USA „Yes, we can!“ ruft und Milliarden in Zukunftstechnologien investiert, rufen Rüttgers und Pinkwart „We don't know!“ Sie sind die Krise, die Krise dieses Landes.

Während man sieht, dass NRW vom Geber- zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich geworden ist, preis der Ministerpräsident hier, dass ein Betrieb aus dem kommunistischen China sich in Nordrhein-Westfalen ansiedelt. Es ist wirklich sehr interessant, dass das jetzt die neue Linie der Landesregierung ist. Es sollen 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich bin einmal gespannt, was Herr Minister Laumann dazu sagen wird, der hier im Landtag immer als größter Kommunistenhetzer aufgetreten ist.

In der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie sind in der Krise und haben völlig versagt. „We are still sleeping“, das müsste man sagen. Ich bin sehr gespannt, wie die Reise des Ministerpräsidenten gewesen sein wird, wenn er aus den USA zurückkommt.

Herr Stahl kann vor Kraft kaum laufen. Bei einer Sache versagen Sie nicht, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuerzahlenden Bürger aufkommen. Das werden wir noch erleben. 60 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind noch in keiner Weise davon überzeugt, dass Ihre Kriseninterventionsmaßnahmen tatsächlich Wirkung zeigen.

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ wird Die Linke auf die Straße gehen. Wir werden gegen die Politik, die in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gemacht wird, demonstrieren. Links wirkt – das hat man heute schon im Landtag erlebt. Die Rede von der SPD-Vorsitzenden Frau Kraft war, glaube ich, sehr stark von dem beeinflusst, was wir in den letzten

anderthalb bis zwei Jahren in Deutschland gemacht haben.

*(Allgemeine Heiterkeit)*

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kraft! Eine derartig linke Rede habe ich von Ihnen hier selten gehört. Das ist schon sehr interessant.

Interessant ist aber auch, was der Ministerpräsident heute von sich gegeben hat. Die Verstaatlichung von Banken ist offensichtlich kein Thema mehr. Statt die Zocker, die Nieten in Nadelstreifen in den Banken zur Verantwortung zu ziehen, werfen Sie der WestLB immer neue Milliarden hinterher; das ist Ihre Politik. Die Löcher werden immer größer. 80 Milliarden € stehen bei der WestLB mittlerweile zur Debatte. Doch „Privat vor Staat“ bleibt die Devise, und die Heuschreckenpartei FDP fordert jetzt sogar die vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens.

Wenn Herr Stahl hier von Tatkraft redet, frage ich mich, wo diese Landesregierung denn Tatkraft gezeigt hat. Sie haben beim Konjunkturprogramm im Tiefschlaf gelegen. Sie sind „Schläfer“. Sie sind die Krise dieses Landes, denn das, was Sie jetzt als Konjunkturprogramm öffentlich machen, ist alles andere als ein Konjunkturprogramm. Die Menschen im Land spüren das, und sie werden weiter abgezockt. Ich bin sehr gespannt, wie uns der Finanzminister demnächst erklären will, dass wieder gespart werden muss. Der Finanzminister der Großen Koalition in Berlin, Herr Steinbrück, hat ja bereits erklärt: Es muss gespart werden, der Gürtel muss wieder enger geschnallt werden. – Die Leute im Land haben verstanden.

Ich wundere mich sehr, dass die Grünen hier beklagen, ein Politikwechsel habe nicht stattgefunden. Ich finde schon, dass hier in Nordrhein-Westfalen ein Politikwechsel stattgefunden hat. Es gibt massive Kürzungen in vielen Bereichen. Die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen wird mit diesem Haushalt endgültig zu Grabe getragen. Die Arbeitslosen und die in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, die nicht einmal existenzsichernde Löhne erhalten, sondern auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind – das sind mehr als eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen –, spüren schon, wie dieser Politikwechsel, der hier stattgefunden hat, wirkt.

Das Ende der Arbeitslosenberatung ist nur ein Beispiel. Das ist natürlich eine Folge der völlig verfehlten Hartz-Politik von SPD, Grünen und CDU. Die CDU bringt es jetzt hier in Nordrhein-Westfalen auf den Punkt. Sie will nicht fördern, was ihr schadet. Daher will sie die Hartz-IV-

Empfängerinnen und -empfänger möglichst uninformiert lassen und lässt deshalb die Arbeitslosenberatungsstellen wegfallen.

Auch in NRW hat Hartz zu einem Flächenbrand geführt. Mittlerweile sind weit über eine Million Menschen von Hartz betroffen. Über 500.000 Kinder werden unter solchen Verhältnissen groß. Gemäß ihrem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“ setzen CDU und FDP auch im Landeshaushalt 2009 diese völlig unsoziale Politik der Kälte fort.

Die Haushalts- und Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung. In Kürze werden wir wieder neue Debatten über die WestLB und die Milliarden, die da investiert werden müssen, haben.

Eigentlich ist dieser Haushalt eine Katastrophe, er ist eine Bilanz des Scheiterns mit ungedeckten Schecks, denn der Finanzminister hat schon angekündigt, dass in Kürze – vielleicht dauert es auch noch ein bisschen länger – ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden muss. Deswegen ist es aus meiner Sicht völlig unseriös, heute einen Haushalt zu verabschieden.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege Sagel.

**Rüdiger Sagel\*** (fraktionslos): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Das ist eine Katastrophe. Es müsste eigentlich eine vorläufige Haushaltsführung stattfinden. Dieser Haushalt ist zur jetzigen Zeit überhaupt nicht zur Verabschiedung reif; es gibt Milliardenlöcher. Ich gehe davon aus – Sie selber haben es ja auch schon gesagt –, dass diese Milliardenlöcher in keiner Weise gedeckt sind. Ich bin sehr gespannt, ob Sie unter der Verfassungsgrenze bleiben können.

Mit anderen Worten: Das, was Sie machen, ist eine Katastrophe. Die Menschen im Lande frieren – das ist die reale Situation –, und Millionen in Nordrhein-Westfalen sind von Ihrer unsozialen Politik der Kälte betroffen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Walsken das Wort.